

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Wehrpflicht abschaffen**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Parlament“ haben am 5. Dezember 2000 eine Resolution „Gegen die Wehrpflicht“ verabschiedet, in der es heißt:

„Wir sprechen uns gegen die allgemeine Wehrpflicht, in der BRD aus. Es kann keinen Zwang zur Wehrpflicht in einer Demokratie geben, denn dies ist nicht demokratisch! Durch die Abschaffung der Wehrpflicht finden Sparmaßnahmen im Staatsetat statt. Als Alternative sehen wir die Berufsarmee, da diese materiell und qualitativ besser ausgebildet ist. Diese Berufsarmee sollte für Frauen und Männer zugänglich sein. Im Zuge der Abschaffung von Zivil- und Wehrdienst müssen das Pflegepersonal sowie Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, z. B. Kindergärten, besser bezahlt werden - es entstehen so neue Arbeitsplätze. Durch die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht findet ein früherer Berufseinstieg oder Studiumsbeginn statt. Weiterhin sollten der Zivildienst wie Wehrdienst auf freiwilliger Basis stattfinden. Wir fordern die Landesregierung auf, im Bundesrat eine dementsprechende Initiative zu ergreifen.“

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Initiative von „Jugend im Parlament“. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Die Bundesrepublik Deutschland ist von befreundeten Staaten umgeben. Von keinem Nachbarn der Bundesrepublik gehen unmittelbar oder mittelbar militärische Risiken oder Bedrohungen aus. Die traditionelle Aufgabe der Bundeswehr, Landesverteidigung im Bündnis zu leisten, ist deshalb praktisch nicht mehr gegeben. Im Rahmen der NATO besteht noch die Notwendigkeit der Bündnisverteidigung in geringem Maße fort.

2. Vor diesem Hintergrund ist die Bundeswehr heute deutlich überdimensioniert, falsch ausgestattet und ausgebildet und zu teuer. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass die Bundeswehr in den kommenden Jahren auf maximal 200.000 Soldaten/innen reduziert werden muss.

3. Bei einer solchen Reduzierung ist die Wehrpflicht (Wehr- und Zivildienst) als tief in die individuelle Freiheit eingreifender Zwangsdienst nicht mehr zu rechtfertigen und zu begründen. Auch eine „Wehrgerechtigkeit“ ist nicht mehr herzustellen. Die Bürgerschaft (Landtag) ist daher der Auffassung, dass die Wehrpflicht ausgesetzt und abgeschafft werden muss.

4. Für den bisherigen Zivildienst muss ein Ausstiegskonzept entwickelt werden, um mit im Wehretat eingesparten Mitteln neue Arbeitsplätze im ökologischen und sozialen Bereich zu fördern. Die ökologischen und sozialen Freiwilligendienste sollen parallel massiv gefördert und attraktiver gemacht werden.

5. Mit dem Übergang der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee steht allen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern der Eintritt in die Bundeswehr offen. Unter dem

Leitbild des „Bürgers in Uniform“ sind die demokratischen Rechte der SoldatInnen zu stärken.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, entsprechend im Bundesrat initiativ zu werden.

Dr. Kuhn, Karoline Linnert und  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen